



ALK

Aktionsgemeinschaft Lebenswertes Königstein

Das Kurbad und die Schulden

Das Außenbecken am Kurbad samt symbolischem Schuldenberg. Der Schuldenberg der Stadt Königstein (incl. Kur GmbH) von rund 55 Millionen DM hätte den maßstäblichen Rahmen dieser Aufnahme gesprengt.

Seit Baubeginn des Kurbads ist die Kur-Gesellschaft (zu 100 Prozent im Besitz der Stadt Königstein) mit rund **15 Millionen Mark** aus dem Stadtsäckel unterstützt worden. In dieser Situation des immer weiter wachsenden Schuldenbergs war der Bau des Außenbeckens für die Kommunalpolitiker von CDU, SPD und FDP eine „Flucht nach vorn“ (wörtliches FDP-Zitat), da viele keine andere Möglichkeit sahen, die chronische Zuschußbedürftigkeit des Kurbades anders zu bekämpfen.

Ausbaden müssen die durch das Kurbad verursachten Schulden nicht nur alle Kurbad-Besucher über die kräftig erhöhten Eintrittspreise. Auch alle Königsteiner Steuerzahler müssen mitbezahlen: über den jährlichen Betriebskostenzuschuß der Stadt für das Kurbad – seit Baubeginn insgesamt rund 15 Millionen Mark.

Die Königsteiner Stadtverordnetenversammlung, eigentlich das höchste Organ der Stadt, hat beim Kurbad wenig mitzureden. Das macht die Kur GmbH (Gesellschaft mit beschränkter Haftung). Das Stadtparlament ➡



hat in der Regel beim Kurbad einmal pro Jahr etwas mitzubestimmen. Dann nämlich, wenn die Parlamentsmehrheit den Haushaltsplan für die Stadt Königstein beschließt, in dem unter anderem auch der jährliche Zuschuß für die Kur-Gesellschaft enthalten ist.

Und alle vier Jahre, immer nach einer Kommunalwahl, darf das Stadtparlament sechs Vertreter in den Aufsichtsrat der Kur GmbH wählen, der Magistrat schickt weitere drei. Im Endeffekt ergab dieses gestückelte Wahlverfahren, daß die unabhängige Wählergemeinschaft ALK, die zwar 25 Prozent der Wählerstimmen erhalten hatte, nur **einen** Abgeordneten im neunköpfigen Aufsichtsrat stellte, was lediglich 11 Prozent entsprach.

Viel zu sagen hat aber auch dieser Aufsichtsrat nicht. Nicht einmal über die **Farbgestaltung** des Außenbeckens durfte dort entschieden werden. Auch die beiden letzten **Eintrittspreiserhöhungen** des Kurbads standen nicht als Sonderpunkte auf der Tagesordnung des Aufsichtsrats. Diese waren im Wirtschaftsplan der Kur GmbH neben vielen anderen Punkten untergebracht.

Der Vertreter der ALK im Aufsichtsrat der Kur GmbH hat jahrelang vergeblich versucht, den Bau des kosten trächtigen Außenbeckens aufzuhalten. Nachdem dieser Versuch sich als vergeblich herausgestellt hatte, erklärte er mit dem ersten Spatenstich für das Außenbecken seinen Rücktritt aus dem Aufsichtsrat. Er wollte nach außen nicht die verfehlte Finanz- und Baupolitik der Kur GmbH vertreten müssen. In der Kur GmbH hatte er zwar Kritik und Bedenken rechtzeitig vorgebracht, doch auch im Aufsichtsrat ist nicht allzuviel zu beaufsichtigen. Zu viele Entscheidungen des Aufsichtsrates waren von der Geschäftsführung und dem Aufsichtsratsvorsitzenden so vorbereitet, daß vermeintliche Sachzwänge keine großen Spielräume für freie Entscheidungen ließen.

Die Schulden der Stadt Königstein und ihrer 100-prozentigen Tochtergesellschaft Kur GmbH belaufen sich insgesamt auf rund 55 Millionen Mark. Die ALK hat sich stets für eine sparsame Haushaltsführung und gegen den „Verkauf des Familiensilbers“ (die zunehmende Veräußerung städtischer Grundstücke) ausgesprochen. Neben dem Kurbad-Finanzdebakel kann die Stadt Königstein kein weiteres finanzielles „Faß ohne Boden“ verkraften. Deshalb hat die ALK große Bedenken gegen die von CDU und FDP geplante Übernahme des Hauses der Begegnung. Geplante Sanierungskosten belaufen sich schon jetzt auf acht Millionen Mark. Ob es dabei dann auch tatsächlich bleibt, erscheint mehr als zweifelhaft.

Königstein braucht ein Haus für Bürger und Vereine, das Haus der Begegnung ist dafür jedoch wenig geeignet. Ein echtes Haus für Bürger und Vereine benötigt eine zentrale Lage und Atmosphäre. Über beides verfügt das Haus der Begegnung nicht. Im Gespräch ist ein Neubau auf dem Gelände des ehemaligen Minigolfplatzes in der Klosterstraße. Die von der ALK vorgeschlagenen preiswerteren Möglichkeiten, das Schweizer Haus im Kurpark oder die ehemalige Kaiserliche Post in der Adelheidstraße – zumindest übergangsweise – zu nutzen, scheiterten an der Parlamentsmehrheit. Im Städtischen Schweizer Haus residiert inzwischen wieder eine Werbeagentur, die ehem. Kaiserliche Post wurde vor einigen Tagen von der Besitzerin an einen Privatmann verkauft. Das ist eben Kommunalpolitik in Königstein.

Am 12. März:

in Königstein
Falkenstein
Mammolshain
Schneidhain

ALK

LISTE 5
